



Jahresbericht 2007

Im Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte der Arbeit des *Interkulturellen Rates in Deutschland* auf folgenden Themenfeldern:

1. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

a) Projekt „Internationale Woche gegen Rassismus“

Anlässlich des Anti-Rassismustages der Vereinten Nationen am 21. März koordinierte der Interkulturelle Rat (IR) auch im Jahr 2007 gemeinsam mit Gesicht-Zeigen – Aktion weltoffenes Deutschland bundesweit die Aktivitäten im Rahmen der *Internationalen Woche gegen Rassismus*, die vom 17.-25. März 2007 stattfand. Insgesamt 55.000 Leporellos, Plakate, Handzettel und Materialhefte wurden für die Internationale Woche gegen Rassismus 2007 hergestellt und versendet. In seinem Veranstaltungskalender konnte der Interkulturelle Rat bundesweit mehr als 500 Veranstaltungen an knapp 200 Orten dokumentieren. Nach 250 Veranstaltungen im Jahr 2005 und 400 Veranstaltungen im Jahr 2006 konnte damit erneut eine Zunahme der Aktivitäten erreicht werden, obwohl das Projekt im Jahre 2007 erstmals nahezu ohne staatliche Förderung auskommen musste. Knapp 300 Berichte in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen zeigen, dass die Aktionswoche und ihre Anliegen mittlerweile auch in den Medien große Beachtung findet. Erneut war die Internationale Woche gegen Rassismus 2007 in Deutschland europaweit die umfangreichste Kampagne. Eine ausführliche Dokumentation der Aktivitäten im Rahmen der Internationalen Woche gegen Rassismus 2007 wurde erarbeitet und steht auf der Homepage des Interkulturellen Rates zum Download bereit.

Zur Auswertung der Aktionswoche 2007 und zur Vorbereitung der Aktionswoche 2008 haben *Interkultureller Rat* und das *Forum gegen Rassismus* am 2. Oktober 2007 in Frankfurt am Main eine gemeinsame Tagung veranstaltet. In der Vorbereitung auf die Aktionswoche 2008 wurde erneut ein 14-seitiges Leporello sowie ein 96-seitiges Materialheft erarbeitet, das Tipps und Vorschläge für Aktionen anbietet und über Diskriminierung, Rassismus und Integrationspolitik in Deutschland informiert. Diese Materialien sowie der von den Plakaten zur Aktionswoche seit vielen Jahren vertraute Handschuh können bei der Geschäftsstelle des Interkulturellen Rates angefordert werden. Die Fortsetzung des Projekts im Jahre 2008 wurde nach dem Ende der Bundesförderung durch Zuwendungen von Spendern und Förderern des Interkulturellen Rates sowie folgender Unternehmen, Organisationen und Einrichtungen ermöglicht: Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, Bundesministerium des Innern, Deutsche Bank Skyliners GmbH, DFB-Kulturstiftung, Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Evangelische Kirche im Rheinland, Evangelische Kirche in Westfalen, Freudenberg-Stiftung, Henkel KgaA, IG Bergbau, Chemie, Energie, IG Metall, Lippische Landeskirche, PRO ASYL, Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger und Robert Bosch GmbH.

b) Gremienarbeit

Der *Interkulturelle Rat* hat regelmäßig im Forum gegen Rassismus beim Bundesinnenministerium und seiner geschäftsführenden Arbeitsgruppe sowie dem zivilgesellschaftlichen Netz gegen Rassismus mitgearbeitet.

c) Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus

Nach über sechs Jahren hat die Bundesregierung im Oktober 2007 einen Entwurf für einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus vorgelegt. Hierzu hatte sie sich im Rahmen der Weltrassismuskonferenz der Vereinten Nationen in Durban/Südafrika im Jahre 2001 verpflichtet. Der Entwurf erfüllt aus Sicht des Interkulturellen Rates weder formal noch inhaltlich die Anforderungen an einen Aktionsplan, der Rassismus in Deutschland glaubhaft, entschieden und im breiten gesellschaftlichen Bündnis entgegnet werden will. Der Interkulturelle Rat hat zu dem vorliegenden Entwurf am 12. November 2007 eine umfassende Stellungnahme abgegeben und im Rahmen eines Fachgesprächs am 23. November 2007 beim Deutschen Institut für Menschenrechte den Vertretungen der Bundesregierung seine diesbezügliche Position dargelegt. Die Stellungnahme des Interkulturellen Rates steht auf der Homepage zum Herunterladen bereit.



2. Aktuelle politische Entwicklungen

Im Berichtszeitraum haben die Mitglieder des *Interkulturellen Rates* zum Teil im Dialog mit externen Experten u.a. die folgenden politischen Entwicklungen und Ereignisse intensiv bearbeitet:

a) Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union

Der *Interkulturelle Rat* hat das Gesetzgebungsverfahren im Rahmen des sogenannten 2. Zuwanderungsänderungsgesetzes kritisch begleitet. Mit dem im Sommer 2007 verabschiedeten und in Kraft getretenen Gesetz wurden u.a. die Voraussetzungen zur Einbürgerung verschärft, der Familiennachzug massiv erschwert und neue Haftgründe für Schutz- und Asylsuchende geschaffen. In einer gemeinsamen Stellungnahme mit PRO ASYL und dem Deutschen Gewerkschaftsbund im Februar 2007 sowie in weiteren Presseerklärungen hat der Interkulturelle Rat auf die für Migranten und Flüchtlinge schwerwiegenden Folgen des Gesetzesvorhabens hingewiesen. Die ausführliche Stellungnahme findet sich auf der Homepage des Interkulturellen Rates zum Download.

b) Integrationsdebatte

Im Mai 2007 hat der Interkulturelle Rat sich in einem umfassenden Papier in der andauernden Integrationsdebatte positioniert und insbesondere darauf hingewiesen, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und Integrationsprozesse nicht nur wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Defizite von Migrantinnen und Migranten scheitern, sondern auch weil:

- Einwanderern trotz langjährigem rechtmäßigem Aufenthalt die rechtliche und institutionelle Gleichbehandlung vorenthalten wird;
- Wichtige Lebensbereiche wie Schule und Ausbildung, Beschäftigung und Einkommen, Wohnverhältnisse, Gesundheit und Alterssicherung von struktureller Benachteiligung geprägt sind;
- Die Kulturen der Migranten, vornehmlich ihre Herkunftssprachen, religiösen Überzeugungen und künstlerischen Ausdrucksformen, überwiegend als Defizit, Problem oder gar Bedrohung betrachtet werden und
- Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, der Sprache oder der Religion zu oft nur halbherzig entgegengetreten wird und gewalttätige rechtsextreme Übergriffe auf Einwanderer und Flüchtlinge nicht entschieden genug verfolgt werden.

Das Positionspapier wurde den Bundestagsfraktionen mit der Bitte um Beachtung zugesandt. Es steht im Internet auf der Homepage des Interkulturellen Rates zum Download bereit.

c) Nationaler Integrationsplan

Zusammen mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland, dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, PRO ASYL und dem DGB hat der Interkulturelle Rat anlässlich des Nationalen Integrationsgipfels und dem dort am 12. Juli 2007 vorgestellten Nationalen Integrationsplan ein kritisches Informationsfaltblatt erarbeitet und in Berlin der Öffentlichkeit übergeben. In dem Papier haben die fünf Organisationen darauf hingewiesen, dass die vom Gesetzgeber im Rahmen des sogenannten 2. Zuwanderungsänderungsgesetzes vorgenommenen asyl- und ausländerrechtlichen Verschärfungen mit den Zielen und Inhalten des Nationalen Integrationsplans nicht in Einklang zu bringen sind und schwerwiegende Hemmnisse für eine nachhaltige Integrationspolitik und für die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten für Migranten und Flüchtlinge darstellen. Das Positionspapier steht im Volltext auf der Homepage des Interkulturellen Rates zum Download bereit.

d) Abschiebungshaft

Der Interkulturelle Rat hat zum dritten Mal seit 2004 eine Auswertung Kleiner und Großer Anfragen in den Länderparlamenten zum Thema "Abschiebehaft und Abschiebehaftvollzug in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland" vorgenommen. Die vorliegenden Antworten der Landesregierungen wurden in einem umfangreichen Arbeitspapier zusammengestellt, das auf der Homepage des Interkulturellen Rates eingesehen und heruntergeladen werden kann.



e) Rechtsextreme Gewalttaten

Der Interkulturelle Rat hat sich im Berichtszeitraum immer wieder mit der Zunahme politisch-rechts motivierter Kriminalität und dem Vordringen rassistischer und fremdenfeindlicher Haltungen und Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft auseinandergesetzt. Als Reaktion auf die gewalttätigen Übergriffe und Verfolgungen von Ausländern im sächsischen Mügeln im Sommer 2007 hat er sich beispielsweise an den Bürgermeister der Gemeinde, Herrn Gotthard Deuser, gewandt und angeboten, im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2008 vor Ort eine gemeinsame Veranstaltung zu planen und durchzuführen. Das Schreiben, das wir auf Anfrage gerne zuleiten, wurde leider nicht beantwortet.

f) Kommunales Wahlrecht für Drittstaatler

Der Interkulturelle Rat hat im Berichtszeitraum an Vernetzungstreffen zur Durchsetzung des kommunalen Wahlrechts für alle rechtmäßig und langjährig in Deutschland lebenden Drittstaatler teilgenommen und war an der Erarbeitung von Kampagnenmaterialien und Strategien beteiligt. Entsprechende Aktivitäten sollen im Jahr 2008 intensiviert werden.

3. Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen

Zum 1. September 2006 wurde beim Interkulturellen Rat in Deutschland mit Unterstützung des Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Groeben-Stiftung ein bundesweites „Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“ eingerichtet. Um das Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland zu verbessern, wurde im Rahmen des auf drei Jahre angelegten Projekts eine Stelle geschaffen, die

- *dabei unterstützt, in schwierigen Sachfragen nach kreativen Lösungen zu suchen, die gleichermaßen die Interessen von Muslimen und Nichtmuslimen berücksichtigen;*
- *konkreten Vorwürfen intensiv nachgeht, unabhängig und neutral Tatsachenerhebung betreibt und sich darum bemüht, konkrete Konflikte – z.B. in der Arbeitswelt, in der Schule, bei Behörden oder anderen öffentlichen Einrichtungen – zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu versachlichen;*
- *auf beiden Seiten Missstände benennt und dokumentiert, die das Zusammenleben erschweren und*
- *durch Aufklärungs- und Informationsarbeit den wechselseitig vorhandenen Stereotypen und Vorurteilen begegnet.*

Nach etwas mehr als einem Jahr Laufzeit hat sich das Clearingprojekt zu einem wichtigen Ansprechpartner entwickelt, an den sich gleichermaßen Muslime, die sich in ihren Rechten verletzt oder von Diskriminierung betroffen sehen und Nicht-Muslime wenden, die kritische Anfragen an das konkrete Verhalten von Muslimen haben. Das Clearingprojekt hat zudem durch Veröffentlichungen und Untersuchungen im vergangenen Jahr wesentlich dazu beigetragen, dass aktuelle gesellschaftliche Debatten über das Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland versachlicht wurden. Das „Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“ war im Jahr 2007 auf insgesamt 9 Handlungsfeldern aktiv, die das Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen betreffen:

- **Handlungsfeld: Moscheen und Moscheebauten:** Erarbeitung und Verbreitung einer gemeinsam mit dem Deutschen Islamforum herausgegebenen Informationsbroschüre zum Thema „Moscheen als Orte der Spiritualität und Integration“. Mit dieser mittlerweile über 5.000 Mal versendeten Broschüre und mit der Herstellung von Kontakten zwischen Vertretungen von Kommunen, in denen gegenwärtig ein Moscheebau geplant ist und Personen, die bereits in der Vergangenheit als Mediatoren oder Moderatoren an erfolgreichen Moscheebauprojekten beteiligt waren, hat das Projekt einen guten Beitrag zur Entschärfung kritischer und konfrontativer Situationen in einzelnen Gemeinden leisten können.
- **Handlungsfeld: Schulfragen:** Mit seiner Umfrage zur Nichtteilnahme muslimischer Mädchen am Schwimmunterricht unter den Kultusministerien der Länder hat das Clearingprojekt mit Sachkompetenz und großem Presseecho in eine Debatte eingegriffen,



die bislang von Halbwissen und Vorurteilen geprägt war. Nach den übereinstimmenden Aussagen aller 16 Kultusministerien der Länder handelt es sich bei der religiös begründeten Nichtteilnahme muslimischer Mädchen am Schwimmunterricht um Einzelfälle, für die in der Regel vor Ort Lösungen gefunden würden, die einen schonenden Ausgleich zwischen dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag einerseits und der Religionsfreiheit andererseits zuließen.

Neben diesen beiden Schwerpunkten hat das Clearingprojekt im vergangenen Jahr auf den folgenden Handlungsfeldern agiert und dort einzelfallbezogen beraten oder weitergeholfen:

- Benachteiligung beim Zugang zu privaten Dienstleistungen
- Benachteiligungen und/oder Diskriminierungen von Muslimen in Behörden
- Probleme in Beziehungen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen
- Partizipationschancen und Angebote für Muslime in der Arbeitswelt
- Qualität der Medienberichterstattung / Journalistengespräche
- Beantwortung von Informationsanfragen
- Suche nach konstruktiven Lösungen in schwierigen Sachfragen

Im Rahmen einer Erfahrungstagung – „Konflikte benennen und bearbeiten – Erfahrungen und Aufgaben für das Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“ wurde am 6. November 2007 in Frankfurt am Main eine Bilanz der bisherigen Arbeit gezogen. Ausführliche und vertiefende Informationen zum Projekt und seinen Arbeitsschwerpunkten finden sich auf der Homepage des Interkulturellen Rates.

4. Dialog mit Muslimen – Das Deutsche Islamforum

Das Deutsche Islamforum ist ein Projekt der Groeben-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Rat und dem Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger. Im Islamforum vertreten sind alle relevanten islamischen Gruppierungen in Deutschland sowie Persönlichkeiten aus dem staatlichen Bereich, der Wissenschaft, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Im Berichtszeitraum waren Islamforen auf der Bundesebene, in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, in den neuen Ländern, in Bayern und Berlin sowie auf kommunaler Ebene in Düren (NRW) etabliert und engagiert. Die Foren auf kommunaler und auf Landesebene arbeiten zwischenzeitlich weitgehend selbstständig. Sie werden von der Groeben-Stiftung durch die Bereitstellung von Sachmitteln im Bedarfsfall finanziell unterstützt. Zur Gewährleistung des Informationsaustausches wurde ein Koordinierungsrat eingerichtet, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Islamforen mitarbeiten.

Im Berichtszeitraum hat das Deutsche Islamforum zweimal getagt und sich unter anderem mit den Themen „Klarheit und gute Nachbarschaft – Die Handreichung der EKD zum Dialog mit Muslimen“ und „Perspektiven: Der Islam in Deutschland im Jahre 2030“ befasst. Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums des Deutschen Islamforums fand am 26. Juni 2007 in Frankfurt am Main zudem eine öffentliche Veranstaltung mit Rückblicken, Kritik und Perspektiven zur Arbeit des Forums statt. Dabei bewerteten Vertreter islamischer Gruppierungen sowie weitere Persönlichkeiten aus Staat, Gesellschaft, Kirchen und Wissenschaft die Erfolge und Defizite der Dialogarbeit im Deutschen Islamforum.

5. Interreligiöser Dialog - Abrahamisches Forum und Abrahamische Teams

Im Abrahamischen Forum in Deutschland arbeiten Persönlichkeiten aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland, DITIB und anderen zusammen. Es wird finanziert durch die Karl-Konrad und Ria-Groeben-Stiftung.

Im Berichtszeitraum tagte das Gremium zweimal und befasste sich dabei unter anderem mit Frage des gemeinsamen interreligiösen Gebets sowie einem Thesenpapier „Vom christlichen Abendland zum abrahamischen Europa“ Das Abrahamische Forum wird im Jahre 2008 an diesem Thesenpapier weiterarbeiten und es der Öffentlichkeit vorstellen.



Eine vom Abrahamischen Forum initiierte gemeinsame Feier zum muslimischen Opferfest wurde im Jahre 2007 in Darmstadt durchgeführt. Im Februar 2007 fand in Wiesbaden zudem bereits zum zweitenmal eine interreligiös ausgerichtete Feier des Noah-Fests statt, das an die Errettung Noahs und seiner Familie vor der Sintflut erinnert und die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung anmahnte.

Als Reaktion auf die Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“ der Evangelischen Kirche in Deutschland hat Jürgen Micksch für das Abrahamische Forum am 8. Oktober 2007 einen Sammelband „Evangelisch aus fundamentalem Grund – Wie sich die EKD gegen den Islam profiliert“ veröffentlicht. Darin äußern 14 jüdische, christliche und muslimische Professoren zum Teil scharfe Kritik an der EKD-Handreichung. Kritisiert werden unter anderem theologische Defizite, undifferenzierte Aussagen zur Mission, herabwürdigende Ausführungen zum Islam, fehlende Aussagen zur Islamfeindlichkeit und unzureichende Darlegungen von Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Muslimen. Das Buch, das für erhebliche Diskussionen gesorgt hat, kann über den Interkulturellen Rat oder den Buchhandel bezogen werden.

Die Veranstaltungen mit Abrahamischen Teams (Dreier-Teams mit je einem/er Vertreter/in des Judentums, Christentums, Islam) in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erfreuten sich auch in 2007 guten Zuspruchs. Insgesamt konnten 15 Veranstaltungen mit etwa 700 Teilnehmern/innen in Schulen, Universitäten, Kirchengemeinden und an anderen Orten ermöglicht werden.

6. Informationsarbeit

In seinen *Infoblättern* informiert der *Interkulturelle Rat* in unregelmäßigen Abständen über die Arbeit in den einzelnen Projekten. Im Jahr 2007 wurden insgesamt drei IR-*Infoblätter* veröffentlicht. Auf der Homepage des *Interkulturellen Rates* sind die Infoblätter sowie weitere Informationen und Pressemitteilungen einzusehen.

7. Geschäftsstelle

Bis März 2007 unterstützte Susanne Schultz als Praktikantin das Projekt „Internationale Woche gegen Rassismus“. Anschließend hat sie in Frankfurt/Oder einen Masterstudiengang aufgenommen. Frau Schultz hat viel dazu beigetragen, dass die Aktionswoche 2007 ein großer Erfolg wurde.

Seit Mai 2007 arbeitet Frau Gesa Heinbach im Rahmen einer halben Stelle beim Interkulturellen Rat, um Kooperationsprojekte mit Pro Asyl durchzuführen und insbesondere die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2008 vorzubereiten. Im Berichtszeitraum wurde sie hierbei tatkräftig durch Eva Laerum, Michaela Nietert und Tabea Wiedemer unterstützt, die Kurzzeitpraktika in der Geschäftsstelle abgeleistet haben bzw. zur Zeit ableisten.

8. Danksagung

Der *Interkulturelle Rat in Deutschland* bedankt sich bei allen genannten Unternehmen, Organisationen und Einrichtungen, die ihn und seine Arbeit im Jahre 2007 unterstützt haben. Besonders bedanken wir uns bei den Förderinnen und Förderern und Spendern des Interkulturellen Rates, die uns auch im Jahr 2006 unterstützt und unsere Arbeit dadurch ermöglicht haben.